

„Greifeld war an antisemitischer Politik beteiligt“

Das KIT distanziert sich von seinem toten Ehrensenator / Judenverbot in Pariser Lokalen gefordert

Überraschung:

Der Titel ist mit dem Tod erloschen

Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Karlsruhe. Ist Rudolf Greifeld als Ehrensenator des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) noch tragbar? Oder hatte der frühere Geschäftsführer des Forschungszentrums Karlsruhe im Nationalsozialismus solche Schuld auf sich geladen, dass ihm die Karlsruher Universität 31 Jahre nach seinem Tod diesen Ehrentitel aberkennen muss? Nun hat der Senat der Forschungsuniversität entschieden – mit Ja. Die Universität „distanziert sich“ ausdrücklich von der Ehrung im Jahr 1969, aber offiziell

aberkannt hat sie Greifeld den Titel nun doch nicht – weil er „nach vorherrschender Rechtsauffassung“ mit dem Tod sowieso erloschen sei.

„Nach dem heutigen Kenntnisstand und auf der Basis ethischer Bewertungen würde die Ehrung von Dr. Greifeld nicht mehr erfolgen. Der KIT-Senat bedauert die damalige Ehrung“ – diese Erklärung gab der Senat gestern Abend nach langer Sitzung ab. Eine Grundlage für diese Entscheidung war ein Gutachten des Historikers Bernd Rusinek über die NS-Verbindungen der Karlsruher Forschungshochburg. „Ich gehe davon aus, dass Greifeld 1941 ein Nationalsozialist war, der voll auf der Linie der NS-Ideologie lag – aber er war kein Funktionär des beginnenden Holocausts“, so umreißt Rusinek im BNN-Gespräch die Ergebnisse seiner Recherche. Für den Historiker, der an der Uni Düsseldorf lehrt und das Archiv des Forschungszentrums Jülich leitet, ist unstrittig, dass Greifeld in jungen Jahren ein Judenfeind war: „Er hat eine eindeutig antisemitische Sozialisation durchlaufen“ – zum Beispiel im radikal antisemitischen Bund deutscher Studenten. Ins Zwielflicht geriet Greifeld bei der Nachwelt vor allem wegen seiner Tätigkeit in der Kriegsverwaltung 1940/41 im besetzten Frankreich.

Der 29-jährige Jurist und NSDAP-Parteigänger empörte sich damals einmal darüber, dass sich Juden in den selben Pariser Lokalen „breitmachten“ wie Wehrmachtssoldaten. „Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmacht Angehörigen häufig besuchten Lokalen (...) von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist“ – so ist Greifelds Eingabe in einer Dokumentation des Nazi-Jägers Serge Klarsfeld überliefert. Aus Sicht des KIT-Senats belegt dieser Vorstoß Greifelds Teilhabe „an der antisemitischen Politik“. Weitere Belege für jüdenfeindliche Initiativen Greifelds? Da meldet Rusinek: Fehlanzeige. Greifelds Aufgabe in der Pariser Kriegsverwaltung sei „nicht hochrangig“ gewesen, urteilt der Historiker: Ein „Zuträger“ sei der Jurist gewesen, einer, der Befehle und Bitten zwischen den deutschen Besatzern und der Pariser Präfektur verhandelte. Anders sieht das der frühere Forschungs-

zentrums-Betriebsrat Dietrich Schulze, der seit Jahren eine Aberkennung des Ehrensenatorentitels forderte. Er recherchierte in Tagebüchern von Greifelds Pariser Ansprechpartner Edouard Bonnefoy – und kam zu dem Ergebnis:

„Greifeld forderte Listen von jüdischen Beschäftigten der Pariser Stadtverwaltung an. Solche Listen waren bekanntlich der erste administrative Schritt für die Deportation in Vernichtungslager.“ Für ihn sei klar: Greifeld war einer der Verantwortlichen dafür, dass die Vichy-Regierung die Nazi-Befehle ausführte. In einem Punkt aber sind Rusinek und Schulze sich einig: Es gibt Funktionäre in der KIT-Geschichte, die größere Schuld auf sich geladen hatten – der Miterfinder des chemischen Kampfstoffs Sarin, Gerhard Ritter, oder der frühere Sondergeschäftsführer Josef Brandl, der in Ostgalizien in die Vernichtungspolitik gegen die Juden verstrickt gewesen sein soll. Doch sie waren nie Ehrensenatoren. Nun hat das KIT beschlossen, „weitere Biographien möglicherweise belasteter Personen“ untersuchen zu lassen. n Kommentar Seite 2



RUDOLF GREIFELD leitete 1956 bis 1974
das Forschungszentrum. Foto: Archiv

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | POLITIK |
15.12.2015 | Seite 2

Eitelkeiten und NS-Gräueltaten

Kommentar Elvira Weisenburger

Wäre das Thema nicht so bitter ernst – man könnte von einer Posse sprechen: Jahrelang streiten Menschen im Dunstkreis des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) darüber, ob Rudolf Greifeld posthum die Ehrensenatorenwürde aberkannt werden muss. Und nun, nach dreijährigem Ringen um eine solch symbolträchtige Geste stellt sich heraus: Aberkennen kann das KIT den Titel überhaupt nicht. Denn aus Juristensicht ist der Ehrentitel schon mit dem Tode Greifelds vor 31 Jahren erloschen. Man muss kein Schelm sein, um zu fragen: Hätte sich diese Erkenntnis nicht schon vor Jahren durchsetzen können?

Dann hätte sich das KIT die etwas skurrile Diskussion um weltliche Eitelkeiten wie den Ehrensenatorentitel sparen und sich vielleicht intensiver mit den Inhalten befassen können. Viel Mut hätte es nicht wirklich gebraucht, um einem toten Mann eine Ehrung wieder abzusprechen. Von daher hat mancher Beobachter diesen Aspekt der Debatte zurecht eher belächelt. Hochspannend aber ist die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit Karlsruher Forscher und Wissenschaftsmanager durchaus – und das nicht nur im Fall Greifeld. Nach jetzigem Kenntnisstand arbeiteten in der Nachkriegszeit andere Männer in der Forschungshochburg, die deutlich tiefer in das Verbrechenregime der Nationalsozialisten verstrickt waren.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit den Gräueltaten jener Zeit und auch mit der – oft naiv verdrängten – Tatsache, dass Angehörige der braunen Elite auch nach dem Krieg ungehindert Karriere machten, wäre schon vor langem wünschenswert gewesen. Dass die Karlsruher das nun nachholen wollen – das ist das gute Ergebnis der Greifeld-Debatte.

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151215bnn.pdf>